

Die Baar verliert ihre Montanbetriebe (1940–1942)*

Von Wolf-Ingo Seidelmann

Am 1. Mai 1939 brachte der Bürgermeister von Blumberg einen euphorischen Text zu Papier:

Nachdem im Jahre 1938 der Ausbau der Gemeinde Blumberg zu einer Stadt bis zu 15.000 Einwohnern entschieden und bestimmt war, wurde Herr Regierungsbaumeister a. D. Wolf, Architekt in Freiburg, mit der Aufstellung des Gesamtbebauungsplans der Stadt Blumberg beauftragt. Nach diesem Plane werden nunmehr Geschäftshäuser, Gemeinschaftshäuser, Schulen und alle erforderlichen öffentlichen Gebäude entstehen, die der neu erstandenen Stadt Gepräge nationalsozialistischen Gestaltungswillens geben werden. Tausende weiterer Arbeiterwohnstätten werden entstehen, um der immer mehr anwachsenden Belegschaftszahl des Eisenerzbergwerks Wohnungsmöglichkeiten zu geben und so wird sich nach 2–3 Jahren das Bild der Stadt formen, wie es im Modell bereits festliegt. Mit Eifer und Tatkraft wird der Gemeindeleiter und alle mit dem Aufbau betrauten Stellen auch weiterhin an die Lösung aller Fragen herangehen und so wird in einigen Jahren eine völlig neue, vom Lied der Arbeit und dem Gesang der Bohrhämmer erfüllte Industriestadt als Folge nationalsozialistischer Staats- und Wirtschaftsführung erstanden sein.¹

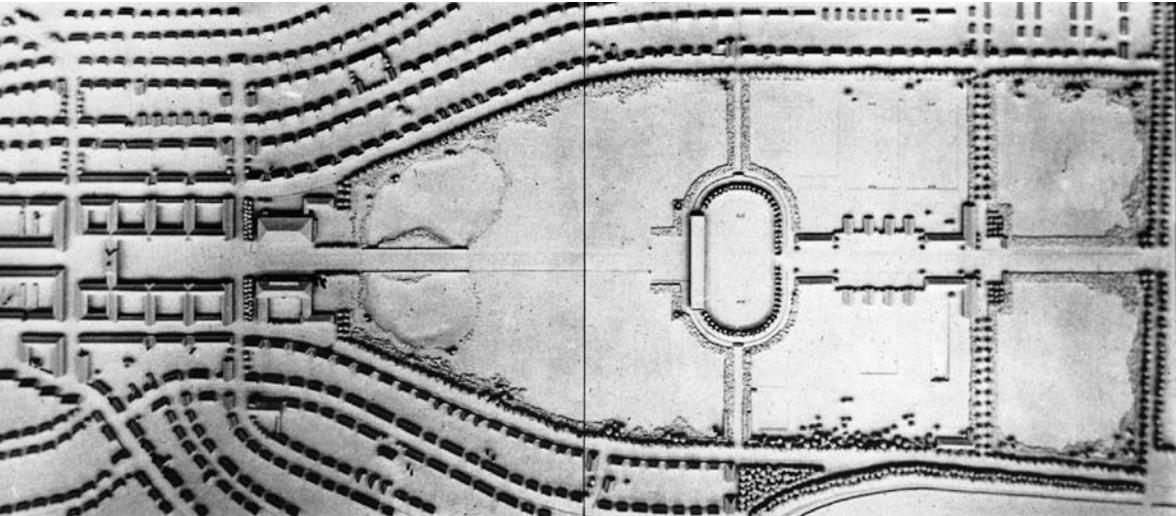
Tatsächlich stand die Baar damals im Begriff, sich zu einem bedeutenden Montanrevier zu entwickeln. Die Doggererz-Bergbau GmbH (DBG), 1936 von den fünf Saarhütten als Erzabbaubetrieb in Blumberg gegründet, förderte 1939 mit ihren 1.440 Arbeitern² insgesamt 920.000 t Eisenerz zutage. Drei Jahre zuvor hatten die Zahlen noch einen Bruchteil dessen betragen. Blumberg, zur Zeit der „Machtergreifung“ ein beschauliches Dorf mit rund 700 Einwohnern, war rasch zu einer Kleinstadt mit 4.500 Bürgern herangewachsen. Und es sollten noch mehr werden. Anfang 1939 war die Entscheidung gefallen, den Abbau abermals gewaltig zu steigern und das Erz auf der Baar zu verhütten. Die DBG rechnete damit, ihre Belegschaft in Blumberg bis 1942 um 2.000 Mitarbeiter aufzustocken. Diese benötigten Unterkünfte und eine leistungsfähige Infrastruktur an ihrem künftigen Wohnort.

Leider stand es damit nicht zum Besten. Zwar hatte die öffentliche Hand zwischen April 1937 und September 1938 mit dem Bau von rund 950 Wohnungen (Baustufen I bis IV) begonnen³, doch zögerte der rüstungsbedingte Mangel an Arbeitskräften und Material die Arbeiten deutlich hinaus. Noch weitaus schlimmer sah es in den übrigen Infrastrukturbereichen aus. Die Lage war so katastrophal, dass

* Fortsetzung des in den *Schriften der Baar*, Bd. 53 (2010) S. 35 ff., abgedruckten Aufsatzes desselben Verfassers.

Die Baar verliert ihre Montanbetriebe

DBG-Geschäftsführer Dr. Hans Bornitz 1939 eine lange Denkschrift⁴ anfertigte, die zahllose Defizite auflistete. Das Papier bemängelte, dass von acht notwendigen Lebensmittelgeschäften lediglich vier existierten, hinzu kämen eine Metzgerei und zwei Bäckereien – für 4.500 Einwohner. Anbieter mit den Sortimenten Haushaltswaren, Obst und Gemüse, Drogeriewaren, Textilien, Leder oder Farbe suche man in Blumberg sogar vergeblich. Die Ansiedlung weiterer Geschäfte sei deshalb vorrangig, scheitere aber vielfach an der schleppenden Behandlung von Baugesuchen und einer ungenügenden Zuteilung von Baustoffkontingenten. So ruhten etwa die Arbeiten an einem halben Dutzend Rohbauten völlig, andere könnten nicht eingedeckt werden, weil Dachziegel fehlten. Auch der Neubau des Schulhauses komme nicht voran, da es an der Zuteilung von Baustoffen hapere. Deshalb erhielten 560 Kinder ihren Unterricht in sechs Baracken und einem alten Schulgebäude, das ursprünglich nur für 150 Schüler ausgelegt worden sei. Eine höhere Schule fehle ebenso wie ein Krankenhaus, über das seit 18 Monaten ergebnislos verhandelt werde. Dringend notwendig sei auch der Bau einer Badeanstalt, einer Gemeinschaftshalle und eines Schlachthauses, damit die Schlachtungen nicht mehr in einer Autogarage stattfinden müssten. Darüber hinaus existierten weder eine ausreichende Trinkwasserversorgung noch eine leistungsfähige Abwasserkanalisation oder gar eine Kläranlage. In Blumberg sei überdies keine einzige Straße mit Sorgfalt ausgeführt oder zu Ende gebaut worden. Dadurch werde der Verkehr gefährdet und das Gesamtbild der Stadt unzumutbar herabgewürdigt.



Das von Albert Wolf 1943 angefertigte Modell der nationalsozialistischen „Vierjahresplan-siedlung Blumberg“. Ganz rechts die heutige B 27, unten rechts die Eisenbahnstrecke, der eine Baumlinie folgt. Den größten Teil nimmt ein gewaltiger Sport- und Aufmarschplatz westlich der B 27 ein. Weiter nach Westen führt eine schnurgerade Achse zu gewaltigen Partei- und kommunalen Verwaltungsbauten im Quartier der heutigen Uchbahnstraße-Pestalozzistraße-Weiherdammstraße-Hauptstraße. Saarstahl AG.

Die Verantwortung für diese Mängel lag nicht bei der Gemeinde, sondern bei den Behörden des Deutschen Reichs, die für ausreichende Finanzierungsbeiträge⁵ und die Zuteilung von kontingentiertem Baumaterial zu sorgen hatten. Gerade letzteres fiel bei dem zunehmenden Aufrüstungstempo immer schwerer. So stellte das Badische Innenministerium im Herbst 1939 rückblickend fest:

*Trotzdem es gelungen ist, bisher in zwei Jahren 950 Wohnungen ganz oder nahezu fertig zu stellen und in Verbindung damit 6 km Straße, 8 km Wasserleitungen und 7 km Kanalisation herzustellen, sind sich alle beteiligten Stellen darüber klar, dass der Ausbau zu langsam vor sich geht. Die für die Geländeaufschließung, den Wohnungsbau und die Folgeeinrichtungen notwendigen Finanzierungsmittel und Materialien mussten in endlosen Verhandlungen erkämpft werden, während die Baudurchführung unter empfindlichem Arbeitermangel litt. Da das Notwendige oft nur unzulänglich und verspätet bereitgestellt werden konnte, blieb der Baufortschritt hinter den Erwartungen zurück.*⁶

Dies galt auch für die Errichtung von Geschäftsbauten. So hatte Bürgermeister Theo Schmid bereits im August 1938 geklagt, er habe Bauanträge für etwa drei Dutzend Geschäftshäuser vorliegen, deren Realisierung allein daran scheitere, dass die erforderlichen Kontrollnummern und Dringlichkeitsbescheinigungen für die Baustoffe nicht erhältlich seien.⁷

Um diese Defizite abzustellen, drängte das Badische Innenministerium am 9. November 1939 beim Reichswirtschaftsministerium (RWM) darauf, endlich das notwendige Material für den überfälligen Ausbau der Blumberger Infrastruktur bereitzustellen. Das Schreiben führte den beschleunigten Bau von 14 Geschäftshäusern, einer Großwasserversorgung, einer Kläranlage und des neuen Schulhauses samt fünf Lehrerwohnungen auf. Darüber hinaus beinhaltete es weitere Wohnungsbauten: Da die DBG das erforderliche Gesamtvolumen allein in Blumberg auf insgesamt 2.150 Einheiten bezifferte, beabsichtigte die Badische Heimstätte GmbH⁸ die bestehende Siedlung zu erweitern. Im Rahmen einer fünften Baustufe sollten bis zum Sommer 1941 nördlich des Blumberger Ortskerns weitere 650 Wohnungen entstehen. Freilich wurden schon für die ersten beiden, 385 Wohnungen⁹ umfassenden, Teil-Baustufen etwa 150 t Eisen, 1.800 t Zement, und 2.800 m³ Holz benötigt. Hinzu kam weiteres Material für den Ausbau der Kanalisation, der Wasser- und Stromversorgung sowie den Neubau einer Kläranlage.

In einer für das Dritte Reich bemerkenswerten Deutlichkeit forderte das Badische Innenministerium vom RWM, „endlich völlige Klarheit darüber zu schaffen, ob die beteiligten Reichsstellen in der Lage sind, die notwendigen Finanzierungsmittel und Baumaterialien zur Verfügung zu stellen. Ich sehe dabei die Hauptschwierigkeit nicht mehr in der Finanzierungsfrage. Das Entscheidende ist die Materialfrage.“¹⁰ Sie zu lösen hielt das Innenministerium für besonders dringlich, weil sich der Mangel an Einzelhandelsgeschäften überaus gefährlich auf Einsatzfreudigkeit und Stimmung der Arbeiter auswirken könne.¹¹ Das RWM erkannte daraufhin den Wohnungsbau als kriegswichtig an und sagte zu, das benötigte Material aus dem Sonderkontingent Bergbau bereit zu stellen. Die Gemeinde Blumberg gab daraufhin im April 1940 die Erschließungsarbeiten.

Der Krieg verschärfte schlagartig die vorhandenen Probleme. So klagte etwa die Badische Heimstätte GmbH im September 1939 darüber, dass sie die bereits im Bau begriffenen Wohnungen des Abschnitts IV nur schwer fertig stellen könne, weil zahlreiche Bauarbeiter zum Militär eingezogen und die vorhandenen Lastkraftwagen von der Wehrmacht beschlagnahmt worden seien. Sie wandte sich an die Donaueschinger NSDAP-Kreisleitung und bat fast flehentlich um Unterstützung bei der Beschaffung von 15 Gipsern, 10 Maurern und zwei Lastkraftwagen.¹² Erschwerend kam hinzu, dass sämtliche Wohnungen des zuletzt fertig gestellten Bauabschnitts III mit Flüchtlingen aus Oberschlesien belegt worden waren. Da die übrigen Häuser zunehmend von Familien bewohnt wurden, deren Ernährer wegen Kündigung, Krankheit oder Entlassung nicht mehr bei der DBG beschäftigt waren, nahm die Zahl der verfügbaren Wohnungen für Werksangehörige fortlaufend ab. Die DBG sah sich deshalb gezwungen, einen Teil ihrer Angestellten in Donaueschingen oder gar Immendingen unterzubringen, was erhebliche Fahrtkosten verursachte. Wohl in Absprache mit Bürgermeister Schmid schlug NSDAP-Kreisleiter Eberhard Sedelmeyer dem badischen Gauleiter Robert Wagner vor, „dass aus der bereits bestehenden Siedlung ein Teil auf die Gemeinde übertragen wird, und zwar der Teil, der probeweise aus Ersparnisgründen mit einer kleineren Grundfläche erbaut wurde, also die Wohnungen, über die am meisten geklagt wird, und die eigentlich hätten nie erbaut werden dürfen.“¹³ Darin sollten die ausgeschiedenen Werksangehörigen samt Familie untergebracht werden. Wagner war offenkundig anderer Meinung und ließ seinem Kreisleiter ausrichten, derlei „asoziale Elemente“ seien in Baracken abzuschieben.¹⁴ Bürgermeister Schmid holte daraufhin Angebote über den Kauf von entsprechenden Notunterkünften ein.

Der Mangel an Läden wirkte sich nach Kriegsbeginn geradezu lähmend auf den Alltag der Blumberger Bevölkerung aus:

Das notwendiger Weise eingeführte System der Abgabe von Lebensmitteln auf Karten verzögert die Abfertigung der Kunden derart, dass es nicht selten vorkommt, dass die Hausfrau bei Heimkehr des Bergmanns noch kein Essen hat zubereiten können oder dass das Feuer ausgegangen ist und der Bergmann und die heimkehrenden Schulkinder in der kalten Wohnung sitzen müssen. Erkrankungen sind hier die Folge, denen der einzige Arzt nicht Herr werden kann.¹⁵

Um genau diese Konsequenzen zu vermeiden, hatte man sich in Blumberg endlich dazu entschlossen, den Bau von Geschäftshäusern zu dulden¹⁶, ohne dass die Freigabe der kontingentierten Baustoffe bereits erfolgt war – und stand zu Kriegsbeginn einer unangenehmer Überraschung gegenüber, weil die nicht genehmigte Herausgabe von Baumaterial unter Strafe gestellt wurde. Die Lieferanten stellten daraufhin abrupt ihre Leistungen ein und forderten ultimativ sämtliche noch ausstehenden Bezugsscheine ein. Da niemand sie besaß, ruhte der Innenausbau an mehreren fertig gestellten Rohbauten.¹⁷ Diese unbefriedigende Situation blieb auch in den folgenden Monaten bestehen: Noch im Oktober 1940 bemühte sich Bürgermeister Schmid vergeblich beim Reichsarbeitsministerium um 150 m² Korkplatten für einen Kühlraum, ohne den die zweite Metzgerei in Blumberg ihren Betrieb nicht aufnehmen konnte.

Ein gleichfalls völlig unbefriedigendes Kapital betraf die Bauleitplanung im nationalsozialistischen Renommierobjekt „Vierjahresplansiedlung Blumberg“. Reichsstatthalter und Gauleiter Robert Wagner hatte bereits 1938 diese prestigeträchtige Kompetenz an sich gerissen und den Freiburger Architekten Albert Wolf damit beauftragt, einen Gesamtsiedlungsplan für die rasch wachsende Gemeinde zu erstellen. Obwohl er nach außen hin Bescheidenheit predigte¹⁸, lag Wagner viel daran, dem Ort durch mehrere zentral gelegene Großbauten einen unverkennbar nationalsozialistischen Stempel aufzudrücken. Entstehen sollten im Rahmen einer Baustufe VI: ein neues Rathaus, ein NSDAP-Parteigebäude, ein HJ-Heim, eine sog. KdF-Halle (Festhalle), ein Kameradschaftsheim, eine Bergmannschule, eine Schwimmhalle sowie ein großer Sport- und Aufmarschplatz.

Laufend vorgetragene Änderungswünsche führten im Ergebnis dazu, dass die Planungen auf der Stelle traten. Im März 1940 schrieb der entnervte Bornitz schließlich an den badischen Ministerpräsidenten Walter Köhler:

*Nachdem nun seit Jahren ein Stadtplan den anderen ablöste, ohne dass auch nur einer die endgültige Genehmigung gefunden hatte, sollte die Entscheidung so schnell wie möglich erfolgen. Denn solange der Entscheid aussteht, weiß keiner der Beteiligten, wo und wie er in Blumberg bauen kann. Die Folge hiervon wird sein, dass Baugrund suchende Geschäftsleute, die auch jetzt in der Kriegszeit noch vorhanden sind, vom Bauen in Blumberg Abstand nehmen.*¹⁹

Derlei Interventionen beeindruckten die maßgebenden Parteigrößen kaum: Auch im Januar 1941 war Wolf noch keinen Schritt weitergekommen. Stattdessen durfte er sich im Büro des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt, Albert Speer, weitere Direktiven für seine Arbeiten einholen. Sowohl das Rathaus als auch das Parteigebäude in dem kleinen Städtchen sollten eine Fassadenlänge von mehr als 120 Metern erhalten. Wolfs Arbeiten endeten erst im Frühjahr 1943, als er der Gemeinde ein 300 x 190 cm messendes Modell ihrer künftigen Struktur übergab.²⁰ Für eine Realisierung war es da längst zu spät.

Der einsetzende Krieg schien für den Erzabbau zunächst keine gravierenden Folgen zu haben²¹. Zwar verlor die DBG zahlreiche deutsche Arbeitskräfte, doch füllten französische Kriegsgefangene und polnische Zivilisten die Lücken. Auf diese Weise gelang es dem Unternehmen, im Jahresverlauf 1940 sowohl Belegschaft (auf 1.480 Mann²²) als auch Roherzförderung (auf 953.000 t) gegenüber dem Vorjahr leicht zu steigern. Um weitere Abbaufelder für den künftigen Vollbetrieb zu erschließen, fuhr die DBG insgesamt fünf Kilometer Aus- und Vorrichtungsstrecke auf und erweiterte Barackenlager, Waschkauen sowie sanitäre Einrichtungen. Außerdem wurden eine Zentralwerkstatt und eine Lehrlingswerkstatt fertig gestellt. Dies alles diente dem Ziel, ab 1942 etwa 3 bis 3,6 Mio. t Roherz pro Jahr zu fördern.

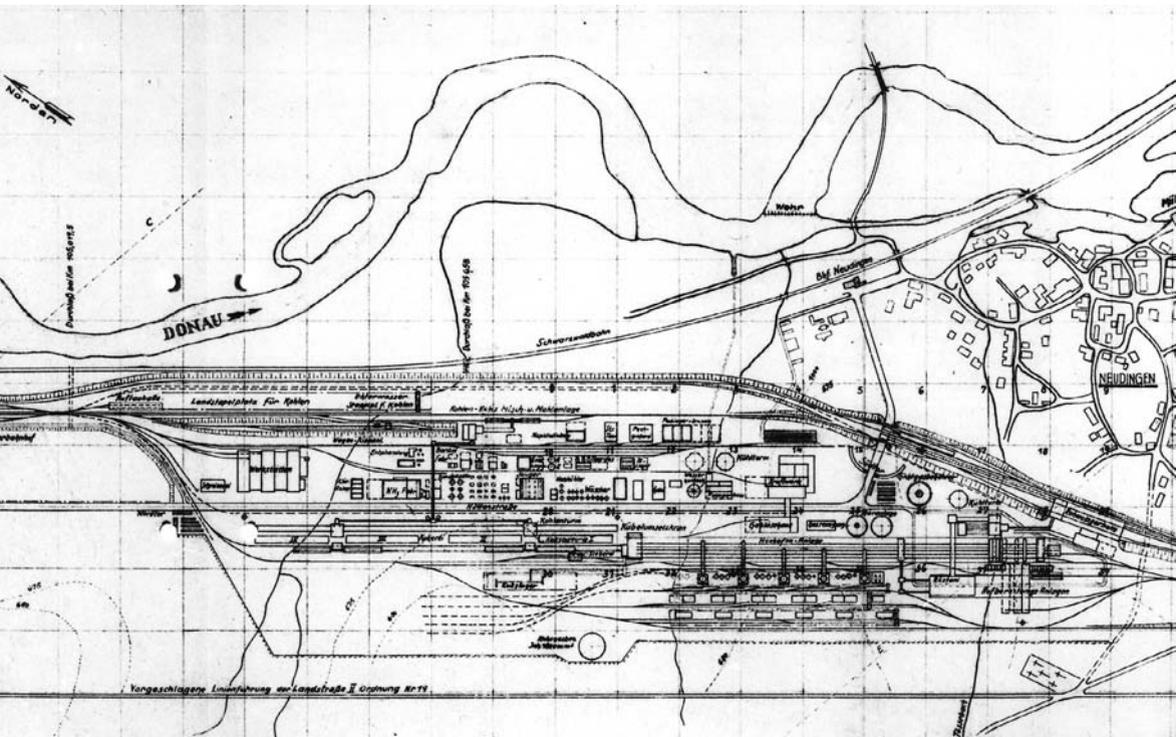
Verhüttet werden sollte das Eisenerz an der nahen Donau. Zu diesem Zweck hatten die Saarlütten im August 1939 ein weiteres Unternehmen gegründet: die Doggererz AG (DAG) mit Sitz in Blumberg. Deren Aufgabe war es, in Neudingen ein sog. Vorschmelzwerk²³ zu errichten, das Anfang 1942 seinen Betrieb mit zunächst drei Hochöfen, einer Kokerei und einem Kraftwerk aufnehmen sollte. Am 29. April 1940 hatte man die Arbeiten am Hüttenstandort aufgenommen und kontinuierlich fortgeführt. Im Sommer 1940 beschäftigten sich elf Bauunternehmer,

Die Baar verliert ihre Montanbetriebe

fünf Löffelbagger, fünf Dampf- und fünf Dieselloks damit, ein Barackenlager für 570 Bauarbeiter zu errichten, eine ebene Fläche für das Vorschmelzwerk herzustellen, die wichtigsten Straßen anzulegen und ein Magazin, sowie eine Werkstatt zu erbauen. Während diese Arbeiten anhielten, schrieb die DAG die Bauarbeiten für die Fundamente von Hochöfen, Winderhitzern, Roherzsilos und Wasserhochbehälter öffentlich aus. Die Mittel dazu kamen aus Berlin: Obwohl sich das Deutsche Reich noch nicht am Unternehmen beteiligte, überwies es allein zwischen April und November 1940 rund 11 Mio. RM als Vorschuss auf seine künftige Kapitaleinzahlung.

Gleichzeitig bemühte sich die Badische Heimstätte darum, wenigstens eine kleinere Zahl von Wohnungen für die Beschäftigten des künftigen Vorschmelzwerks Neudingen bereitzustellen. Am 18. Mai 1940 erhielt sie von der Berliner Vierjahresplan-Behörde die erforderliche Ausnahmegenehmigung. Kurz darauf begannen mehrere Bauunternehmen im nahe gelegenen Pfohren damit, knapp zwei Dutzend Häuser zu bauen, in denen die ersten 68 von insgesamt 400 Wohnungen eingerichtet werden sollten.²⁴

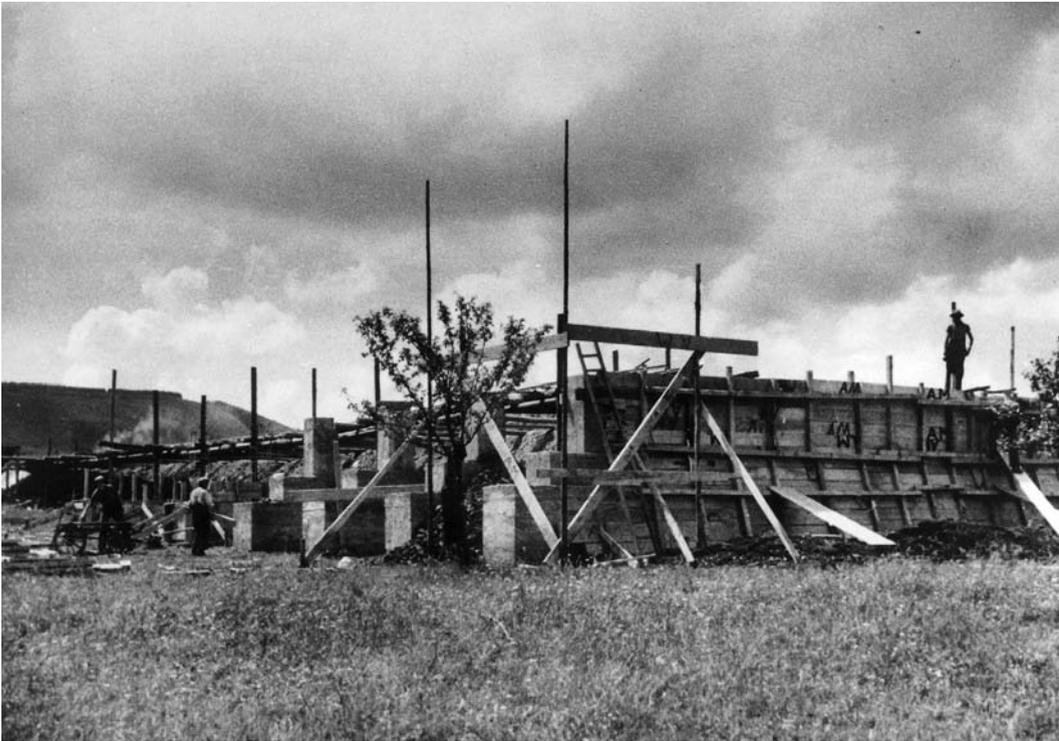
Die Arbeiten an der Hüttenbaustelle kamen nur schleppend voran: Da deutsche Arbeitskräfte für zivile Vorhaben kaum noch zur Verfügung standen, mussten Arbeiter aus den soeben besiegten Ländern die Lücken füllen. Deren



Amtlich gewordener Lageplan des Vorschmelzwerks Neudingen vom 12. November 1940. Staatsarchiv Freiburg.

Zuweisung behob die Probleme aber nur unzureichend: „Nachdem eine Dienstverpflichtung freier Kräfte nicht möglich war, bekamen wir endlich am 19. Juni die ersten polnischen Arbeiter. Von zugesagten 200 kamen 168 Mann, davon 155 einsatzfähig.“²⁵ Zwar überwies ein belgisches Arbeitsamt bald weitere 89 Arbeitskräfte, doch blieben davon bis zum Herbst 1940 ganze 10 an ihrem Arbeitsort. Erschwerend hinzu kam die Beschlagnahme von Baggern für militärische Zwecke. Der DAG-Aufsichtsrat begann sich demgemäß um die Einhaltung der eng gesteckten Bautermine zu sorgen: „Wenn uns weiterhin so unzureichend Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden, werden wir nicht – wie geplant – Anfang 1942 mit den Hochöfen in Betrieb gehen können.“²⁶

Am 10. Mai 1940 begann die deutsche Westoffensive. Sie endete binnen weniger Wochen mit der Besetzung weiter Teile Frankreichs, Belgiens und der Niederlande. Dies veränderte die Planungsgrundlage für den Erzabbau und das Vorschmelzwerk auf der Baar merklich: Da Elsass-Lothringen und Luxemburg auf der deutschen Annexionsliste standen, schien festzustehen, dass die ergiebigen Minette-Lagerstätten und die auf ihr errichtete Montanindustrie bald Eigentümer und Staatszugehörigkeit wechseln würden. Der für Eisen und Stahl zuständige Staatssekretär im RWM, Hermann von Hanneken, gelangte deshalb im Sommer 1940 zu dem Schluss, dass die Kapazität der deutschen Roheisenerzeugung um rund

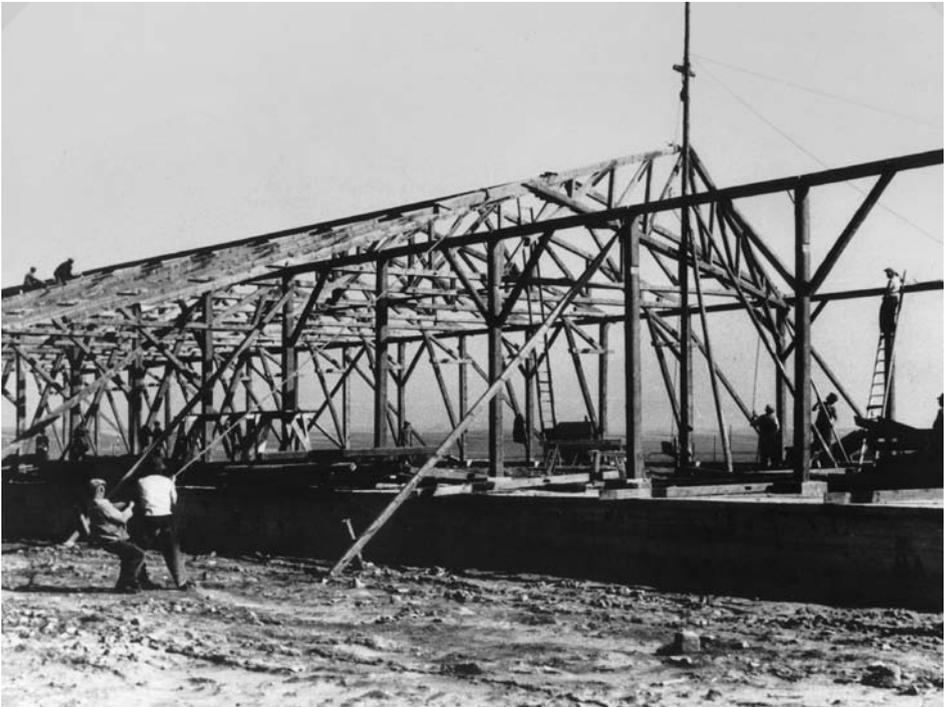


Im Juni 1940 wurden die Fundamente der großen Lagerhalle in Neudingen erstellt. Saarstahl AG.

Die Baar verliert ihre Montanbetriebe

50 % gegenüber der Vorkriegshöhe ansteigen würde. Unter diesen Umständen lag die Frage nahe, ob es überhaupt noch Sinne machte, eisenarmes Doggererz auf der abgelegenen Baar teuer abzubauen und mit hohem Verbrauch an knapper Kohle zu verhütten. Die neue Lage stellte auch den aus militärischen Erwägungen gewählten Hüttenstandort Neudingen zur Disposition, denn die absehbare Verlagerung der deutsch-französischen Grenze nach Westen ließ es nun zu, das Werk gefahrlos am verkehrsgünstig gelegenen Oberrhein zu errichten.

Nach Auffassung von Dr. Rudolph Gerlach, dem für Technik zuständigen Vorstandsmitglied der DAG, war dies sogar dringend geboten. Deshalb legte Gerlach dem DAG-Aufsichtsrat und der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau (RWA) am 1. August 1940 eine Denkschrift vor²⁷, in der er die Standorte Neudingen, Waldshut und Kehl miteinander verglich. Letzterer wies entscheidende Vorteile auf. Zentral zu den Erzen der Baar und zur Saarkohle gelegen, hatte Kehl Anschluss an den schiffbaren Rhein und an eine direkte Bahnverbindung zwischen Blumberg und Saarbrücken. Daneben war es über den Rhein-Marne-Kanal und den Saarkohlenkanal mit den Montanrevieren in Lothringen und an der Saar verbunden. Diese exzellente Verkehrsanbindung eröffnete der DAG komfortable Perspektiven. Statt eines Vorschmelzwerks in Neudingen, das unter hohen betriebswirtschaftlichen Verlusten Blumberger Doggererz zu einem Vorprodukt für die Saarwerke verarbeiten sollte, konnte bei Kehl etwas völlig anderes entstehen: ein rentables Hüttenwerk,



Ende August 1940 errichten Zimmerleute die Binder der Neudinger Lagerhalle. Saarstahl AG.

das mit billigen Importerzen ebenso produzieren konnte wie mit lothringischer Minette oder den Erzen der nahe gelegenen Gruben Kahlenberg oder Schönberg. Erste Schätzungen ergaben, dass die Roheisenselbstkosten von 80 RM auf etwa 65 RM je Tonne sinken würden, wenn man den Werksstandort von Neudingen nach Kehl verlegte.

Gerlach, der ein dreiviertel Jahr zuvor von der RWA als Vertreter des Reichs in den DAG-Vorstand entsandt worden war, hatte nicht nur die Unternehmensinteressen im Blick. Sein Vorstoß diente vor allem dem Ziel, eine staatliche Dauer-Subventionierung der Saarhütten zu verhindern. Diese sperren sich im DAG-Aufsichtsrat jedoch vehement gegen Gerlachs Vorschlag zur Standortverlagerung, weil sie eine kostengünstig arbeitende Eisenhütte am Oberrhein als unliebsame Konkurrenz betrachten mussten. Ein niedriger Roheisenpreis in Kehl – so befürchteten die Vorstände in Völklingen und Neunkirchen – würde den Aufbau einer weiterverarbeitenden Industrie direkt im süddeutschen Hauptabsatzgebiet der Saarindustrie nach sich ziehen und die Konkurrenzfähigkeit der eigenen Stahl- und Walzwerke schwer beeinträchtigen.²⁸ Gerlach warf den Saarindustriellen deshalb vor, sie wollten die Roheisengestehungskosten in Neudingen möglichst hoch halten und die Mehrkosten dem Steuerzahler dauerhaft zur Last legen.²⁹ Das DAG-Vorstandsmitglied versuchte auch das RWM zu überzeugen und schrieb diesem im September 1940:



Im Oktober 1940 wurde die Zugangsstraße zum Hüttenwerk Neudingen gebaut. Saarstahl AG.

Die Baar verliert ihre Montanbetriebe

Man darf auch nicht aus dem Auge verlieren, dass die Verwertung der Doggererze einmal auf eine wirtschaftliche Grundlage gestellt werden muss. Nachdem sich in Kehl eine Möglichkeit dazu ergeben hat, soll man das Werk nicht in Neudingen lassen und die mit diesem Standort verbundene Verteuerung laufend vom Reichswirtschafts- oder Reichsverkehrsministerium ausgleichen lassen.³⁰

Von Hanneken dürfte das auch nicht anders gesehen haben, doch musste er befürchten, dass sich die Saarindustrie vollends aus der finanziellen Mitverantwortung stahl, wenn er darauf bestand, das gemeinsam betriebene Projekt nun am Rhein zu verwirklichen. An der Saar war das Interesse am badischen Doggererz mit der Eroberung Frankreichs ja ohnehin erloschen. Hier richteten sich die Augen längst auf fettere Brocken – auf die Minette-Gruben und die lothringischen Montanwerke. Die Saalhütten kündigten deshalb ungeniert den Rückzug aus dem badischen Doggererzabbau an, wenn in Kehl eine Hütte entstehen sollte, die ihnen ernsthafte Konkurrenz machen konnte. Wilhelm Wittke, der Aufsichtsratsvorsitzende der DAG, drohte gar mit dem Konkurs des Unternehmens und mit hohen Schadenersatzforderungen an das Deutsche Reich. Schon um den Saarwerken keinerlei Vorwand zum Rückzug von den gemeinsamen Plänen³¹ zu liefern, hielt von Hanneken am Standort Neudingen eisern fest.

In Baden jedoch formierte sich der Widerstand. Vor allem die Landwirte der Baar befürchteten von einem großen Industriebetrieb, dass er das Lohnniveau in die



Das Barackenlager für etwa 570 Bauarbeiter war im Oktober 1940 bezugsfertig. Ganz rechts die weiße Küchenbaracke. Saarstahl AG.

Höhe trieb und ihnen die Arbeitskräfte abspenstig machte. Die Umwandlung ertragreichen Ackerlands zu Gewerbefläche und Abraumhalden, die drohende Abwanderung von Landwirten in den Bergbau und in die Hüttenindustrie, aber auch die sozialpolitischen Konsequenzen eines breiten Zuzugs stadtgewohnter, am Ende gar ausländischer Arbeiter in die ländlich strukturierte Baar – all dies überstieg die Toleranzbereitschaft³² grüner NS-Funktionäre deutlich. Landesbauernführer Friedrich Engler-Füßlin, der ein Jahr zuvor noch vergeblich versucht hatte, den Hüttenwerksstandort Neudingen zu verhindern, witterte eine neue Chance und setzte sich im August 1940 beim badischen Gauleiter und Reichsstatthalter Robert Wagner vehement dafür ein, das Werk nach Kehl zu verlegen. Wagner, mittlerweile auch zum Chef der Zivilverwaltung im Elsass berufen, konnte dem Vorschlag zunächst wenig abgewinnen. Zwar hatte er 1939 gemeinsam mit Engler-Füßlin gegen den Standort Neudingen gekämpft, doch plante Gerlach das Werk jetzt ausgerechnet auf einem Gelände, das nördlich der Bahnstrecke von Kehl nach Kork lag, etwa auf Höhe des kleinen Ortes Neumühl. So nahe bei Straßburg mochte Wagner das Werk keinesfalls haben, fürchtete er doch um das Stadtbild seiner neuen Residenz, die Hitler zur Hauptstadt des künftigen Gaues Oberrhein (Elsass mit Baden) erheben wissen wollte.

Die Parteien blieben in der Standortfrage heillos zerstritten. Von Hanneken hielt auch im November 1940 noch an Neudingen fest und versuchte, jede Verla-



Um das Planum für das Hüttenwerk zu erstellen, waren gewaltige Geländeaufschüttungen nötig. Aufnahme vom Oktober 1940. Saarstahl AG.

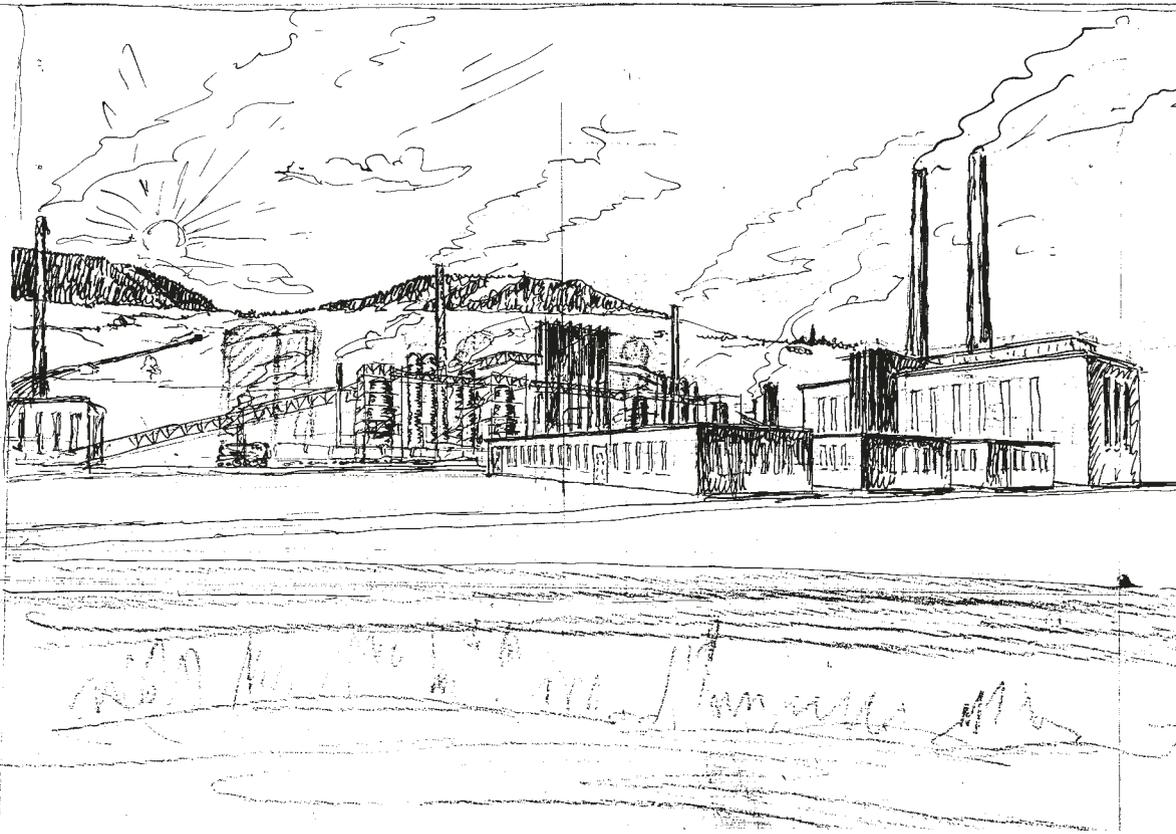
Die Baar verliert ihre Montanbetriebe

gerungsdiskussion im Keime zu ersticken. Reichsernährungs- und Reichsarbeitsministerium dagegen schlugen sich auf die Seite Engler-Füßlins und plädierten für Kehl oder aber Karlsruhe. Die Saarhütten lehnten jeden anderen Standort als Neudingen ab und erteilten den DAG-Vorständen absolutes Redeverbot. Gerlach wiederum versuchte diskret, Wagner für Kehl einzunehmen. Dafür versprach er, ihm einen neuen Plan auszuarbeiten, der das Hüttenwerk soweit wie möglich von Kehl und Straßburg entfernt hielt. Am 15. November 1940 fand auf Einladung Wagners eine Besprechung in Straßburg statt, die der Reichsstatthalter persönlich leitete. Von Hanneken, der zuvor vergeblich versucht hatte, diese Zusammenkunft zu verhindern, verbot seinen Mitarbeitern jegliche Teilnahme. Gerlach präsentierte den angereisten Vertretern Berliner und badischer Behörden „inoffiziell“ einen neuen Werksstandort, der bei Auenheim lag, einer kleinen Ortschaft am rechten Rheinufer nördlich von Kehl. Das Sitzungsprotokoll notierte, die neue Platzwahl werde „von allen Beteiligten als hervorragend empfunden. Die Türme von Straßburg sind von hier aus nicht mehr zu sehen, das Hüttenwerk würde das Stadtbild der neuen Gauhauptstadt also nicht beeinträchtigen.“³³

Um den Widerstand des RWM endlich zu brechen, formulierten die Anwesenden zwei Briefe an Hermann Göring und an Hans Lammers³⁴, den Chef der Reichskanzlei. Wagner, der sie unterschrieb, führte darin nochmals sämtliche Gründe an, die für eine Verlegung der Hütte an den Rhein sprachen. Er bat Lammers,



Zur Geländeeinebnung mussten Erhebungen abgetragen werden. Im Bildhintergrund rechts der Fürstenberg, links Ausläufer der Länge. In den Einschnitt zwischen den Bergen hätte ein Eisenbahntunnel für die Erzbeförderung aus den Blumberger Gruben gebohrt werden sollen. Aufnahme vom Oktober 1940. Saarstahl AG.



Die Hütte als Vision eines Zeichners der Doggererz AG. Die Zeichnung ist aus derselben Perspektive erstellt wie das Bild auf der linken Seite. Staatsarchiv Freiburg.

Hitler zu unterrichten und dessen Entscheidung einzuholen. Gleichzeitig forderte man die Reichsstelle für Raumordnung auf, diverse Berliner Ministerien von den Bedenken Wagners in Kenntnis zu setzen und übersandte ihr eine kurze Ausarbeitung Gerlachs. Die Aktion hatte Erfolg. Zwar hielt es Lammers nicht für sinnvoll, Hitler zu informieren, doch berief er für den 6. Dezember 1940 eine Sitzung in die Reichskanzlei ein. Ihr Ergebnis war die offizielle Wiedereröffnung der Standortdiskussion für das badische Hüttenwerk. Demnach sollten alle zuständigen obersten Reichsbehörden abermals Stellungnahmen abgeben, die von der Reichsstelle für Raumordnung zu sammeln und an das RWM weiterzuleiten waren. Konnten sich diese beiden Behörden nicht einigen, dann sollte Göring das letzte Wort haben.

Im Januar und Februar 1941 gingen die Stellungnahmen sämtlicher Behörden bei der Reichsstelle für Raumordnung ein. Fast alle votierten für Kehl: Ein größeres Arbeitskräftereservoir, mehr Platz für die weiterverarbeitende Industrie, mildere klimatische Bedingungen, die Schonung wertvollen Ackerbodens auf der Baar und die Möglichkeit, den enormen Schlackeanfall des Hüttenwerks zur Aufschüttung des umliegenden Geländes und zum Ausbau des Kehler Hafens verwenden zu

können, anstatt ihn bei Neudingen auf wachsende Halden kippen zu müssen, bildeten dabei die Hauptargumente. Sogar das Oberkommando der Wehrmacht bescheinigte nun, dass es wegen der absehbaren Grenzverlegung im Westen keinerlei Bedenken gegen diesen Standort hege. Es nützte auch nichts mehr, dass der Saarindustrielle Hermann Röchling persönlich versuchte, Gauleiter Wagner doch noch für Neudingen einzunehmen. Den Ausschlag gab die Stellungnahme³⁵ des Reichsverkehrsministeriums, das am 7. Februar 1941³⁶ zugunsten von Kehl plädierte. Entscheidend für die Behörde war der Umstand, dass man am Rhein über einen Wasserstraßenanschluss verfügte, der die chronisch überlastete Reichsbahn von Beförderungsaufgaben entbinden konnte. Dies galt vor allem für den Fall, dass von der Hütte neben den Erzen der Baar auch solche aus der Oberrheinischen Tiefebene und aus dem Schweizer Fricktal mitverarbeitet werden sollten. Von Hanneken gab sich nun geschlagen und wies die DAG im März 1941 an, sämtliche Bauarbeiten in Neudingen einzustellen und sofort mit den Planungen für das Hüttenwerk in Kehl zu beginnen. Am Rhein wollte der Staatssekretär allerdings noch keine vollendeten Tatsachen geschaffen wissen. Mit dem Argument, dass aus kriegsbedingten Gründen keine Arbeitskräfte zur Verfügung stünden, untersagte von Hanneken die Aufnahme der Bauarbeiten in Kehl.

Am 1. April 1941 begann der Rückbau in Neudingen. Etwa 200 gefangene Franzosen und 100 polnische Zivilarbeiter ebneten das Gelände ein, brachen sämtliche Baracken ab und verluden sie zum neuen Standort Auenheim bei Kehl. Lediglich die große Lagerhalle fand im Fürsten zu Fürstenberg einen neuen Eigentümer. Der DAG entstanden durch den Standortwechsel – eigenen Berechnungen zufolge – Verluste in Höhe von 1,3 Mio. RM: Etwa 700.000 RM waren bislang in Neudingen für den Bodenerwerb und die Geländeplanierung ausgegeben worden, der Rest für den Hoch- und Tiefbau von Magazinen, Baracken, zwei Transformatorenstationen, mehreren Straßen sowie Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen. Hinzu kamen weitere 1,1 Mio. RM an Kosten für den Rückbau am alten Standort und den Transport der Baustelleneinrichtung an den Rhein. Auch das Unternehmen verlegte nun seinen Hauptsitz von Blumberg weg: Ab 30. Mai 1941 residierte die Hauptverwaltung in Straßburg, Hindenburgstraße 26.

Die Probleme zwischen der Saarindustrie und dem RWM beschränkten sich beileibe nicht nur auf die Standortwahl für das künftige Vorschmelzwerk. Im Sommer 1939 war vereinbart worden, dass die zunächst allein von den fünf Saarwerken gegründete DAG das Deutsche Reich als weiteren Gesellschafter aufnehmen sollte. Gemeinsam wollte man das Grundkapital der Aktiengesellschaft auf 50 Mio. RM erhöhen, um daraus die Übernahme der immer noch existenten Doggererz-Bergbau GmbH (DBG) und den Bau des Vorschmelzwerks in Neudingen zu finanzieren. Dabei war eine für die Privatwirtschaft recht günstige Lastenverteilung vereinbart worden: Während das Reich seinen Kapitalanteil von 25 Mio. RM in bar einzuzahlen hatte, konnten die Saarlütten das Vermögen der GmbH – angeblich 17 Mio. RM – in die Gründung der AG einbringen. Auch die verbleibende Summe von 8 Mio. RM mussten die Unternehmen nicht vollständig aus eigener Kasse bestreiten: Von Hanneken hatte ihnen im Sommer 1939 eine Prämie in Höhe von 3 Mio. RM gewährt, die als Ausgleich für sämtliche Betriebsverluste galten, die der

DBG bis dato entstanden waren. Per saldo einzuzahlen hatte die Saar also lediglich 5 Mio. RM. Als Gegenleistung für diese Großzügigkeit erwartete der RWM-Staatssekretär, dass die Saarhütten ab 1942 auf die weitere Inanspruchnahme staatlicher Subventionen verzichteten und das in Neudingen erzeugte Vorschmelzeisen zu kostendeckenden Preisen abnahmen.

An der Saar hatte man freilich errechnet, dass es rund 80 RM kosten würde, eine Tonne Roheisen aus badischem Doggererz zu erzeugen; das waren fast 27 RM mehr als beim Einsatz von lothringischer Minette. Produzierte das Neudinger Werk rund 420.000 t Vorschmelzeisen im Jahr, dann addierten sich die Mehrkosten auf mindestens elf Mio. RM per annum. Leider konnte nichts davon wegen des seit 1936 geltenden Preisstopps auf die metallverarbeitende Industrie abgewälzt werden. Da die Saarhütten nicht bereit waren, das errechnete Betriebskostendefizit selbst zu tragen, forderten sie dauerhafte Subventionen vom Staat – und stießen auf massive Ablehnung. Als Konsequenz daraus weigerten sich die Werke, ihren eigenen, auf 5 Mio. RM lautenden, Beitrag zur vereinbarten Kapitalerhöhung zu erbringen. Diese Haltung nahm das Reichsfinanzministerium nun seinerseits zum Anlass, gegen die geplante Staatsbeteiligung an der DAG zu opponieren. Als nach monatelangem Tauziehen immer noch keine Einigung gelungen war, wurde von Hanneken schließlich massiv. Am 19. November 1940 erfuhren die widerspenstigen Industriellen von ihm, dass er Göring demnächst eingehende Vorschläge zur Verteilung der erbeuteten Hütten und Gruben in Lothringen unterbreiten werde. Der Staatssekretär drohte nun unverhohlen damit, er wolle „Göring bitten, die Vorschläge der Saarhütten solange unbeachtet zu lassen bzw. deren Erledigung auszusetzen, bis dass die Saarhütten dem Reichswirtschaftsministerium gegenüber eine Erklärung abgegeben haben, die ausreicht, um die immer noch vorhandenen Bedenken des Reichsfinanzministers zu beseitigen.“³⁷

Von Hanneken konnte sich damit nicht durchsetzen. Die Vorstandsmitglieder der DAG machten ihm klar, dass sie ohne eine Aufstockung des auf 2 Mio. RM lautenden Grundkapitals nicht länger bereit waren, weiterhin millionenschwere Aufträge für den Bau des Vorschmelzwerks in Neudingen zu erteilen. Schon im November 1940 beliefen sich die Verpflichtungen auf stattliche 23 Mio. RM, zu deren Deckung das Reich lediglich 11 Mio. RM als Vorschuss auf seine künftige Kapitaleinzahlung geleistet hatte. Aus bilanzrechtlichen Gründen aber war eine Kapitalerhöhung nur bis Ende 1940 problemlos möglich. Danach musste das Vermögen der DBG neu bewertet werden, das die Saarhütten in die DAG einzubringen gedachten. Von Hanneken konnte und wollte sich ein Scheitern des ersten Finanzierungsanlaufs nicht leisten. Zu Recht musste er bezweifeln, ob in diesem Fall der Erzabbau auf der Saar überhaupt noch eine Zukunft hatte. Dabei war der Reichsbeamte durchaus kein naiver Befürworter eines unwirtschaftlichen Vorhabens, das sich durch die jüngsten militärischen Erfolge überlebt hatte: Im vertrauten Kreis nannte von Hanneken das „im Aufbau befindliche Vorschmelzwerk in Neudingen eine widersinnige Angelegenheit“,³⁸ doch wäre der ergebnislose Abbruch eines Vorhabens, das der nationalsozialistische Vierjahresplan mit gewaltigem Getöse zu einer nationalen Überlebensfrage hochstilisiert hatte und in das Millionen RM an öffentlichen Geldern geflossen waren, für ihn undenkbar gewesen.

Das RWM musste nach anderen Lösungen suchen, wie die laufenden Betriebskostendefizite des Neudinger Vorschmelzwerks zu decken waren, ohne den Reichshaushalt dauerhaft zu belasten. Von Hanneken entschied sich am Ende für ein Konzept, das auch der Saarindustrielle Hermann Röchling schon seit Monaten forderte: Nach Kriegsende sollte eine staatliche Zwangsabgabe für alle Hütten eingeführt werden, die hochwertige Erze verwandten oder Schrott für ihre Siemens-Martin-Öfen hinzukaufen.³⁹ Die Werke an der Saar konnte das nicht treffen, verhütteten sie doch fast ausschließlich Minette-Erze nach dem Thomasverfahren. Die Zeche zu zahlen hatten vielmehr die Montanbetriebe an der Ruhr und die Siemens-Martin-Werke in Mittel- und Ostdeutschland. Mit diesem Gedanken überzeugte von Hanneken schließlich auch das Reichsfinanzministerium.⁴⁰ Am 6. Dezember 1940 konnte die DAG-Hauptversammlung endlich beschließen, das Grundkapital des Unternehmens zwar nicht auf den ursprünglich angestrebten Wert von 50, aber doch wenigstens auf 40 Mio. RM heraufzusetzen. An ihm beteiligte sich das Deutsche Reich zur Hälfte, je 13,86 % entfielen auf Burbach, Neunkirchen und Völklingen. Mit 6,42 % hielt sich das Dillinger Engagement dagegen in Grenzen. Die Halberger Hütte übernahm gar nur 2 % und schied 10 Monate später gänzlich aus dem Gesellschafterkreis aus.

Das Ergebnis stellte einen klaren Sieg für die Saarwerke dar. Wie geschickt diese mit dem Staat verhandelten, zeigte sich beispielsweise bei der Höhe des Aufgelds, das die Gesellschafter zu leisten hatten. Betrug es beim Reich mit 5 Mio. RM nicht weniger als 25 % seines Kapitalanteils, so kamen die Saarlütten mit einem Agio von ganzen 1,69 % davon. Das waren rund 300.000 RM für alle fünf Saarwerke zusammen. Auch in Personalfragen zeigte sich der neue Hauptgesellschafter eher bescheiden. So begnügte sich das Reich im Aufsichtsrat, dem unverändert der Dillinger Generaldirektor Wittke vorsah, mit 4 von 12 Sitzen. Das war insofern unschädlich, als dieses Kontrollorgan nach der Aktienrechtsreform von 1937 nur noch über stark beschnittene Kompetenzen verfügte. Sämtliche wichtigen Entscheidungen fielen ohnehin im Vorstand, dem seit 1. Juni 1940 ein drittes Mitglied angehörte. Während Bornitz und Gerlach weiterhin als technische Direktoren fungierten, übernahm der von Röchling zur DAG gewechselte Dr. Walther Berger den kaufmännischen Bereich. Sein Jahresgehalt betrug – wie das seiner Kollegen – 30.000 RM.

Mit der Unternehmensgründung waren die finanziellen Probleme keineswegs gelöst. Die reduzierte Kapitalerhöhung kam zwar den Saarlütten entgegen, bedeutete für die DAG aber, dass sie Anleihen für mindestens 70 Mio. RM zu emittieren hatte, wenn alle geplanten Investitionen realisiert werden sollten. Das Ergebnis mussten horrende Zinsverpflichtungen für ein Unternehmen sein, dessen jährlicher Zuschussbedarf ohnehin schon sehr groß war. Hinzu kam, dass sich das wirtschaftliche Umfeld im Verlaufe des Jahres 1941 weiter verschlechterte. Anders als vor Kriegsbeginn vermutet, entstanden gravierende Versorgungsempässe nicht auf dem Eisenerzsektor, sondern im Kohlebergbau, der wegen anhaltender Einberufungen zur Wehrmacht stark unter Arbeitskräftemangel litt. Die Folge war, dass die deutsche Hüttenindustrie bald einen „katastrophalen Fehlbedarf von nicht weniger als 11,4 Mio. t Koks“⁴¹ beklagen musste. Im RWM zog man daraus den Schluss, „dass zur Koksersparnis möglichst nur noch hoch eisenhaltige Eisenerze verarbei-

tet werden müssen und dass die Förderung an eisenarmen deutschen Erzen bis auf weiteres möglichst einzuschränken ist.“⁴²

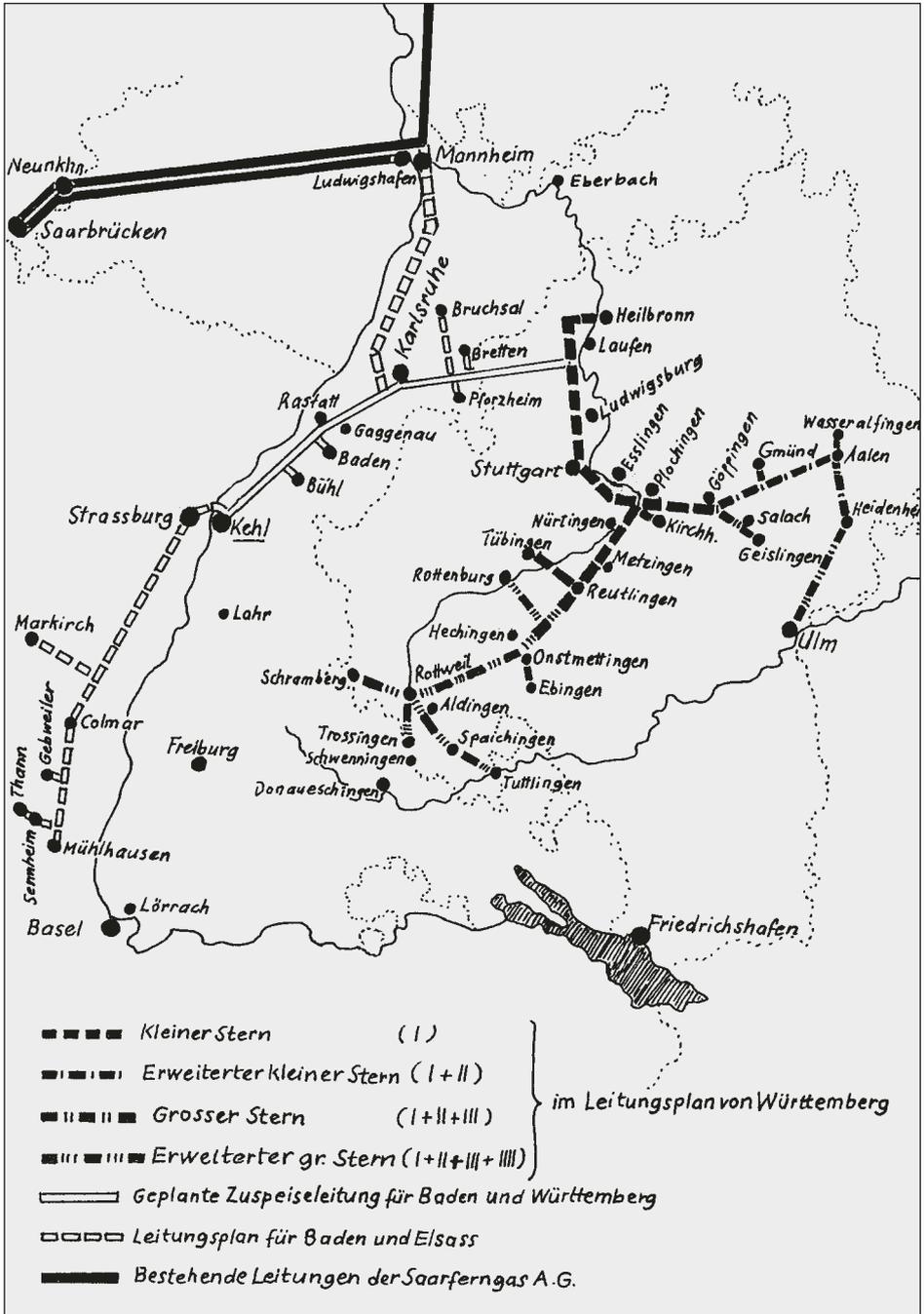
Die DAG erhielt im Verlaufe des Jahres 1941 mehrfach⁴³ Anweisung, ihre monatliche Fördermenge von bislang etwa 95.000 t deutlich zu verringern und die frei werdenden Arbeitskräfte den Kohlegruben an der Saar zur Verfügung zu stellen. Das Unternehmen fügte sich jedoch erst im November 1941: Da die Gesamterzeugung wegen des zunehmenden Waggonmangels ohnehin nicht mehr komplett abtransportiert werden konnte, legte man die Tagebauarbeiten und den Betrieb der Lurgi-Aufbereitungsanlage still. Die Monatserzeugung fiel daraufhin auf 42.000 t ab. 460 Beschäftigte verloren ihren Arbeitsplatz. Die DAG schuf einen Ausgleich, indem sie in ihrer Zentralwerkstatt fortan Zulieferteile für den Flugzeugbau der Messerschmitt AG fertigte. Hinhaltenden Widerstand leistete man in Blumberg aber gegen die verordnete Abgabe von Bergarbeitern an die Saar: Die Grube produzierte jedenfalls zunächst noch mit voller Kapazität weiter.

Die eingetretenen Veränderungen wirkten sich auch auf den Blumberger Wohnungsmarkt aus. So klagte die DAG bereits im Juli 1941 über wachsende Leerstände und entsprechende Mietausfälle, deren Deckung sie vertraglich übernommen hatte. Sie forderte Bürgermeister Schmid deshalb auf, keinerlei Entlassungsanträge für Werksangehörige mehr zu befürworten. Seitens der Badischen Heimstätte GmbH rechnete man im Herbst 1941 gar damit, dass in naher Zukunft etwa 230 Wohnungen dauerhaft leer stehen könnten. Zur Erörterung des Problems kamen am 6. Oktober 1941 mehrere Beamte des Reichsarbeits- und des badischen Innenministeriums in Karlsruhe zusammen. Sie stellten fest, dass „die günstige Entwicklung der außenpolitischen Verhältnisse zwar unerwartet vorteilhafte Auswirkungen auf die Eisenerzeugung Deutschlands, damit aber auch vielleicht eine Beschränkung der Bedeutung Blumbergs und wahrscheinlich auf längere Zeit eine Beschränkung in der Zahl der für Blumberg verfügbaren deutschen Bergarbeiter mit sich bringen wird.“⁴⁴ Daher fassten sie den Beschluss, den geplanten Bau weiterer Wohnungen im Rahmen der Teilabschnitte V und VI einzustellen. Auch der Wohnungsbau in Pfohren wurde nun obsolet, „weil keine Verwendung möglich ist. Es bleibt nur übrig, die angefangenen Bauten abzureißen, und die Siedlung Pfohren so schnell als möglich zu liquidieren.“⁴⁵

Der zunehmende Engpass auf dem Energiesektor führte zu einer unerwarteten Beschleunigung der Kehler Hüttenbaupläne. Als im Verlaufe des Jahres 1941 die Rüstungsindustrie am mittleren Neckar in eine „Gasversorgungskatastrophe“⁴⁶ zu gleiten drohte, konnte der DAG-Vorstand auf den energiewirtschaftlichen Nutzen seines Hüttenprojekts verweisen: Dessen Hochöfen stießen im Betrieb weit aus größere Mengen an erhitztem Hochofengas aus, als im Werk zu Heizzwecken wieder eingesetzt werden konnten. Mit dem überschüssigen Gas war leicht eine Kokerei zu beheizen, in der neben dem Koks für die Hütte ein äußerst begehrtes Nebenprodukt entstand: Koksgas, das bei den industriellen Verbrauchern in Württemberg dringend benötigt wurde.

Die DAG hatte bereits im Februar 1939 erste Verhandlungen mit den württembergischen Gasversorgungsbetrieben über die Abnahme von Koksgas geführt. Die ständigen Entwurfsänderungen für das Neudinger Vorschmelzwerk, die Unge-

Die Baar verliert ihre Montanbetriebe



Nach den Planungen von 1941/42 hatte die Kehler Hütte fast ganz Südwestdeutschland mit Ferngas zu versorgen.
 Sigrid Seidelmann nach einer Vorlage des Staatsarchivs Freiburg.

wissheit über den Bau einer Hüttenkokerei und die Standortdiskussion vom Herbst 1940 verhinderten jedoch lange Zeit die Formulierung konkreter Lieferverträge. Da die Energieengpässe am mittleren Neckar immer drängender wurden, reisten die Oberbürgermeister von Stuttgart, Ludwigsburg und Heilbronn im November 1940 nach Blumberg und besprachen eingehend die Möglichkeiten des Gasbezugs von der DAG. Gemeinsame Erörterungen mit dem RWM führten dann im Februar 1941 zu dem Gedanken, eine Ferngasgesellschaft zu gründen, die den Bezug und die Weiterleitung des Gases nach Württemberg übernehmen sollte. Leider krankte das Konzept daran, dass von Hanneken die Aufnahme der Hüttenbauarbeiten in Kehl eben erst verboten hatte.

Der Stuttgarter Oberbürgermeister Karl Strölin schrieb deshalb am 25. März 1941 einen langen Brief an die RWA, in der er die Bedeutung der regionalen Rüstungswirtschaft unterstrich und auf die „besondere Notlage Württembergs“⁴⁷ hinwies. Als Konsequenz daraus forderte er, die Bauarbeiten in Kehl sofort aufzunehmen und das Vorhaben als kriegswichtig anzuerkennen. Während die Dinge noch in der Schwebe waren, einigten sich die DAG und der Zweckverband Gasversorgung Württemberg am 14. Mai 1941 auf den Abschluss eines Vorvertrags. Die Situation war inzwischen jedoch komplizierter geworden: Der neue Standort Kehl erschloss dem Hüttenwerk nun auch den gesamten oberrheinischen Wirtschaftsraum als Absatzgebiet für das eigene Kokereigas. Im Vorvertrag legte man deshalb die Bezugsquote zwischen den württembergischen Gasversorgungsunternehmen auf der einen, sowie den badischen und elsässischen Anstalten auf der anderen Seite im Verhältnis 2 : 1 fest.

Der DAG-Vorstand beschloss daraufhin am 14. Mai 1941, den Bau von Hütte und Kokerei intensiver vorzubereiten. Die Anlage sollte zunächst drei Hochöfen und 108 Koksöfen umfassen. In einer zweiten Ausbauphase war die Erweiterung der Anlage um zwei Hochöfen und die entsprechende Kokereikapazität geplant. Von den in der Anfangsstufe jährlich erzeugten 230 m³ Steinkohlengas sollten die Verbraucher in Württemberg rund 153 Mio. m³ erhalten. Der Rest von 77 Mio. m³ war für Baden und Elsass bestimmt. Gauleiter Wagner unterstützte das Konzept und erhob die Forderung, den vom RWM verfügten Baustopp endlich zu widerrufen: Am 26. August 1941⁴⁸ hatte er Erfolg: Reichswirtschaftsminister Walther Funk hob die Sperre auf und verfügte den baldigen Baubeginn in Kehl.

Die Planer der DAG hofften, die erste Ausbaustufe des Hüttenwerks bis spätestens Anfang 1944 realisiert zu haben. Es gab jedoch bald Verzögerungen, weil Wagners Mannen im Herbst 1941 erheblich größere Liefermengen für den Oberrhein forderten. Erst als sie ihre Wünsche zurückgestellt hatten, konnte am 16. Dezember 1941 in Stuttgart die Südwestdeutsche Ferngasversorgung AG gegründet werden. Gesellschafter waren das Deutsche Reich, die Länder Baden und Württemberg sowie der Zweckverband Gasversorgung Württemberg. Die Aufgabe der frisch gegründeten Aktiengesellschaft bestand darin, das Steinkohlengas von der DAG zu beziehen und seinen Vertrieb an die kommunalen Gasversorger zu organisieren. Dazu plante die Gesellschaft ein verzweigtes Fernleitungsnetz, das seinen Ursprung in der Kehler Hüttenkokerei nahm. Der erste Hauptstrang sollte über Straßburg und Colmar nach Mühlhausen führen, der zweite über Karlsruhe

nach Heilbronn, Stuttgart, Plochingen, Reutlingen und Göppingen. In Karlsruhe zweigte eine weitere Hauptleitung ab, die Mannheim zu versorgen und einen Anschluss an das bereits bestehende Netz der Saarferngas AG herzustellen hatte. Die Ausdehnung des Versorgungsgebiets bis nach Aalen, Heidenheim, Ulm, Rottweil und Tuttlingen strebte man langfristig an.

Das Kehler Werk konnte seinen Gichtgasüberschuss nur zum Teil in der eigenen Kokerei verwerten. Zur Nutzung der restlichen Mengen musste ein Hüttenkraftwerk für die Stromerzeugung gebaut werden. In ihm sollten dann auch jene Koksgasmengen verfeuert werden, die infolge von Verbrauchsschwankungen nicht absetzbar waren. Von der Leistung des Elektrizitätswerks konnte die DAG allerdings lediglich 11 Megawatt im eigenen Hütten- und Bergwerksbetrieb nutzen. Für die überschüssige Energie musste ein gewerblicher Abnehmer gefunden werden, der sie gegen einen akzeptablen Preis bezog und in das eigene Versorgungsnetz einspeiste. Dafür kam in erster Linie die Karlsruher Badenwerk AG in Betracht, die ein Monopol für die öffentliche Stromversorgung im Lande besaß. Zwischen ihr und der DAG hatte es schon seit Mitte 1939 regelmäßige Verhandlungen gegeben, in deren Verlauf man sogar die Errichtung eines Gemeinschaftskraftwerks erwog. Ständige Umplanungen verhinderten aber auch hier, dass die Gespräche allzu weit gediehen. Die DAG trieb nun im Sommer 1941 die Planungen für ein Kraftwerk mit einer Leistung von 26 Megawatt intensiver voran und bot dem Badenwerk an, eine dauernd gesicherte Stromleistung in Höhe von 15 Megawatt zu beziehen. Es folgten lang anhaltende Preisverhandlungen.

Die DAG stellte im September 1941 nach und nach die Bauanträge für das gesamte Hüttenwerk bei der Berliner RWA⁴⁹. Erstmals gingen nun auch wieder Bestellungen für neue Werksanlagen hinaus. Den Auftrag für den Bau der Kokerei erhielt das Essener Unternehmen Koppers, während sich die Brown, Boveri & Cie (BBC), die AEG sowie Siemens Schuckert die Herstellung des Kraftwerks zu teilen hatten. Auch auf der Baustelle in Auenheim ging es endlich schneller voran. Das ungünstige Wetter im Frühsommer 1941 hatte den Rückbau in Neudingen derart beeinträchtigt, dass die Arbeiter erst mit wochenlanger Verspätung von dort abgezogen werden konnten. So begann man denn im Spätsommer 1941 damit, das neue Werksgelände am Rhein aufzuschütten und eine provisorische Infrastruktur für die Bauarbeiten herzustellen. Während die Verhandlungen mit der Gemeinde Auenheim noch andauerten, holzten rund 200 Arbeiter etwa 23 ha Wald ab, errichteten ein Barackenlager für 400 Mann und legten einen Lagerplatz mit drei offenen Schuppen an. Gleichzeitig entstand eine Werksstraße und der Unterbau für einen Gleisanschluss zum Bahnhof Kork.

Das endgültige Aus für die weit gespannten Pläne kam unvermittelt. Am 23. März 1942 verkündete der Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Albert Speer:

Ich habe die Frage des Weiterbetriebs des Doggererzabbaus und der Errichtung eines Eisenwerks mit Kokerei in Kehl einer eingehenden Prüfung unterzogen und bin zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Weiterführung beider Vorhaben unter den gegebenen Umständen nicht mehr gerechtfertigt ist. Ich ordne daher die sofortige Stilllegung dieser beiden Vorhaben an.⁵⁰

Staatssekretär von Hanneken, an den diese Zeilen gerichtet waren, setzte die DAG am 4. April 1942 davon in Kenntnis. Speer berief sich bei seiner Entscheidung auf zwei Gutachten von Hermann Röchling und Paul Pleiger⁵¹, die offenbar nicht erhalten geblieben sind. Aber auch ohne ihr Studium lassen sich die Gründe für den Beschluss rekonstruieren: Die Eisenerzversorgung der deutschen Hütten konnte nach den militärischen Erfolgen in Russland⁵² als gesichert gelten. Was fehlte, war die Kohle. Unter diesen Umständen machte es wenig Sinn, Hunderte von Kumpels, die auch dem Kohlebergbau fehlten, in Blumberg damit zu beschäftigen, ein Erz zu fördern, dessen Verhüttung den Kohleverbrauch zusätzlich in die Höhe trieb. Die Lösung konnte nur heißen, den Abbau auf der Baar stillzulegen und die freigesetzten Bergleute sinnvollerem Beschäftigungen zuzuführen.

Der DAG-Aufsichtsrat befasste sich am 22. April 1942 mit der staatlich verfügten Stilllegung. Da die Berliner Ministerien angeordnet hatten, sämtliche Anlagen und Geräte für den Berg- und Hüttenbau unverzüglich an andere kriegswichtige Unternehmen abzugeben, hegte man keine Hoffnung mehr, die eigenen Geschäfte in späteren Jahren wieder aufnehmen zu können. Der Aufsichtsrat beschloss daher, den Bergwerksbetrieb zu liquidieren und nach Käufern für die vorhandenen Vermögenswerte zu fahnden. Lediglich um das geplante Kraftwerk in Auenheim kämpfte man noch. Eindringlich wies die DAG in Berlin darauf hin, dass die Realisierung des Vorhabens schon weit gediehen und die Verschrottung der bereits im Entstehen begriffenen Maschinenanlagen unvernünftig sei. Deshalb mache es mehr Sinn, das Projekt zügig voranzutreiben und in Kehl ein Kraftwerk für die öffentliche Elektrizitätsversorgung zu errichten, das die am Oberrhein bestehenden Engpässe abmildern könne.

Davon ließ sich auch der Generalinspektor für Wasser und Energie überzeugen. Am 6. Mai 1942 ordnete er an, „aus kriegswirtschaftlichen Gründen das Kraftwerksvorhaben von der am 23. März 1942 verfügten Stilllegung der Baustelle Auenheim auszunehmen.“⁵³ Und so verhandelten DAG und Badenwerk bald wieder über einen Vertrag, der die Lieferung von 35 Megawatt Strom regeln sollte. Die Phase der Hoffnung währte jedoch nur kurz. Am 8. August 1942 verfügte der Generalinspektor endgültig den Abbruch der Arbeiten in Auenheim. Offenbar war auch ihm klar geworden, dass ein Kraftwerk ohne die geplante Hütte keinen energiewirtschaftlichen Vorteil mehr besaß, weil statt des Abfallproduktes Gichtgas nun die – knappe – Kohle zur Beheizung eingesetzt werden musste.

Die staatlich verordnete Stilllegung betraf den gesamten Bergbau auf der Baar. In Gutmadingen, nur wenige Kilometer von Blumberg entfernt, förderte die Gutehoffnungshütte seit 1934 mit etwa 100 bis 150 Beschäftigten Eisenerz zutage. Als die Berliner Behörden im Herbst 1941 auch diesen Betrieb mit Fördereinschränkungen belegten, drosselte man abrupt die Produktion. Von 13.000 t im Oktober 1941 sank die Monatsförderung des Karl-Egon-Bergwerks auf 2.000 t im Dezember 1941 ab. Fünf Monate später stellte das Oberhausener Hüttenwerk seinen Eisenerzabbau auf staatliches Geheiß ein. Der „Gesang der Bohrhämmer“ auf der Baar war verstummt.

Anschrift des Verfassers:
Dr. Wolf-Ingo Seidelmann
Weinbergstraße 12 · 96472 Rödental
wolf-ingo-seidelmann@t-online.de

Anmerkungen

Abkürzungen:

DAG: Doggererz AG

DBG: Doggererz-Bergbau GmbH

RWA: Reichsstelle für Wirtschaftsausbau

RWM: Reichswirtschaftsministerium

- 1 Vermerk „Die Entwicklung der Stadt Blumberg von 1933 bis 1. Mai 1939“ von Bürgermeister Schmid, Gemeinderegistratur Blumberg (künftig abgek. Blu). Der Text bildete wahrscheinlich die Grundlage einer Ansprache oder einer Veröffentlichung zum Feiertag 1. Mai.
- 2 Hinzu kamen 134 Angestellte.
- 3 Vgl. Seidelmann, *Schriften der Baar*, Band 41 (1998) S. 50 f., 73 und 80 f.
- 4 Denkschrift: „Schwierigkeiten, die dem Ausbau von Werk und Stadt Blumberg entgegenstehen“ vom Oktober 1939, Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, Landesbergdirektion, Freiburg (künftig abgek. LBA). Zur mangelhaften Einzelhandelsinfrastruktur Blumbergs siehe auch Seidelmann, Anm. 3, S. 74, und Annelore Walz, Von der Agrarsiedlung zur Industriestadt, S. 319 ff, hier S. 362 ff. in: Joachim Sturm (1995), *Blumberg, Die Geschichte einer Stadt*, Vöhrenbach.
- 5 Das Deutsche Reich hatte für die ersten vier Wohnbauabschnitte 4,3 Mio. RM zu Verfügung zu stellen, davon über 2 Mio. RM Darlehen und 1,1 Mio. RM Finanzierungshilfen für den Ausbau der Blumberger Infrastruktur. Hinzu kamen 1 Mio. RM an Bürgschaften. Wie Anm. 3, S. 82.
- 6 Bad. Innenministerium an RWM vom 9.11.1939, Blu.
- 7 Schmid an Bad. Innenministerium vom 8.8.1938, Blu.
- 8 Für den Wohnungsbau in Blumberg war 1936 die Badische Heimstätte GmbH mit Sitz in Karlsruhe gegründet worden. Ab 1937 wurde diese Aufgabe von ihrer Tochtergesellschaft übernommen, der Siedlungsgesellschaft für das Doggererzgebiet Oberbaden GmbH. Gesellschafter der Badischen Heimstätte waren das Deutsche Reich und fünf badische Körperschaften des öffentlichen Rechts, allen voran die Badische Landeskreditanstalt für Wohnungsbau.
9 bestehend aus 365 Arbeiter- und 20 Angestelltenwohnungen.
10 wie Anm. 6.
11 wie Anm. 6.
12 Bad. Heimstätte GmbH an NSDAP-Kreisleitung vom 19.9.1939, Blu.
13 NSDAP-Kreisleitung Donaueschingen an Gauleiter Wagner vom 29.11.1939, Blu.
14 Bad. Innenministerium an Bürgermeister Schmid (Blumberg) vom 12.1.1940, Blu.
15 Blumberger Geschäftsstelle der Bad. Heimstätte GmbH an ihre Zentrale in Karlsruhe vom 10.1.1940, Blu.
16 Das für die Zuteilung von Baustoffkontingenten zuständige Reichsamt für Wirtschaftsausbau hatte sich bereits am 20. Juni 1939 bei einem Ortstermin in Blumberg davon überzeugen lassen, dass die Errichtung von 19 Geschäftshäusern dringend erforderlich war. Es stellte daraufhin die Abgabe der erforderlichen Bezugsscheine mündlich in Aussicht, doch hatte sie ihre Zusage bis zum November 1939 immer noch nicht eingelöst.
17 Die Blumberger Geschäftsstelle der Bad. Heimstätte berichtete im Januar 1940: „Im guten Glauben, dass die kontingentierten Baustoffe durch Zuteilung von Kennziffern und Einkaufsscheinen von der Reichsstelle zugeteilt würden, sind die Bauten begonnen und heute zum Teil fertig gestellt, das heißt bis auf den Innenausbau vorwärts geschrieben worden. Es ist eine unabwendbare Tatsache, dass die Eisen-, Holz- und Zementlieferungen nur auf Versprechen der sofortigen Nachreichung der Bezugsscheine gemacht worden sind, weil noch keine Zuteilung erfolgte. Die Lieferanten drängen auf die Herausgabe der Bezugsscheine, die nicht vorhanden sind. Sie liefern aber auch nicht 1 kg Eisen bzw. ein Brett mehr, weil Lieferungsverbote ohne Bezugsscheine bestehen.“ Wie Anm. 15.
18 „Die Stadtmitte muss in einfacher Form so gestaltet werden, dass sie Ausdruck nationalsozialistischen Gestaltungswillens ist“, so Wagner am 5.10.1937, Aktenvermerk Feldmann vom 5.10.1937, LBA 9A/98.
19 Bornitz an Köhler vom 8.8.1940, Blu.
20 Wolf erhielt zwischen Oktober 1937 und September 1941 für die Erstellung des Blumberger Gesamtbebauungsplans und die Anfertigung eines Holzmodells, sowie dreier Teilbebauungspläne. (Wohnbauabschnitte III, V und VI) und die Anfertigung mehrerer Schlachthausentwürfe insgesamt rund

- 36.000 RM an Honorar und Kostenersatz. Aktenbefund Blu.
- 21 Zu den kurzfristigen Folgen auf den Erzabsatz vgl. Seidelmann, *Schriften der Baar*, Band 53 (2010) S. 52 f.
- 22 Hinzu kamen 148 Angestellte.
- 23 Das in Neudingen erzeugte Vorschmelzeisen bedurfte wegen seines unerwünscht hohen Schwefelgehalts einer besonderen metallurgischen Nachbehandlung in den Hochöfen der Saar, bevor es zu Thomasstahl weiterverarbeitet werden konnte.
- 24 Die Genehmigung für den ersten Bauabschnitt umfasste den Einsatz von 120 Bauarbeitern zur Errichtung von 21 Häusern. Tatsächlich begonnen wurden bis zur Baueinstellung jedoch nur 8 Gebäude. Aktenbefund Staatsarchiv Freiburg, Bestand Doggererz AG (künftig abgek. StAF) und Blu.
- 25 Protokoll Aufsichtsratssitzung DAG vom 26.11.1940, Akte Blumberg, Unterlagen für Sitzungen des Aufsichtsrats und der Technischen Kommission (wahrscheinlich Handakten Dir. Dr. Gerlach), LBA.
- 26 wie Anm. 25.
- 27 Denkschrift „Standortvergleich für das Vorschmelzwerk Neudingen-Kehl“ vom 1.8.1940, Bundesarchiv Berlin (künftig abgek. BA) R 113/1404.
- 28 Vermerk Puttkammer vom 9.11.1940, BA R 113/1404.
- 29 So wird Gerlach zitiert in einem Schreiben der Bad. Staatskanzlei, Außenstelle Berlin an das Bad. Finanz- und Wirtschaftsministerium vom 9.1.1941, LBA 10A/114.
- 30 Gerlach an RWM vom 2.9.1940, StAF.
- 31 Im vertraulichen Gespräch verkündete Röchling, „dass die Saar überhaupt keine Doggererze mehr verhütten wolle.“ Protokoll der Besprechung Dr. Reichert/Röchling vom 11.12.1940, BA R 13I/382. Der DAG-Vorstand selbst schätzte die Lage im November 1940 so ein, „dass infolge der Kriegereignisse das Interesse der Saarrhütten an Donaueschingen heute nicht mehr sehr groß sei und es wohl allmählich mit einer stärkeren Beteiligung des Reichs zu rechnen sei, so dass auch Donaueschingen allmählich mehr und mehr Reichsbetrieb werde.“ Besprechung des DAG-Vorstands mit den Technischen Werken Stuttgart am 27/28.11.1940, StAF.
- 32 So argumentierte Wagner in Bezug auf Neudingen: „Bei den gegenwärtigen Spannungen des Arbeitseinsatzes kämen geschlossene landmannschaftliche Siedlungen kaum in Frage, so dass hier mit einer völkisch unerwünschten Mischung mit Ausländern gerechnet werden müsste. Die bei Zollhaus-Blumberg bereits entstandenen Verhältnisse dürften hier als Warnung dienen.“ Schreiben Reichsstelle für Raumordnung an von Hanneken vom 9.11.1940, BA R 113/1404. Das Reichsernährungsministerium verbuchte die überdurchschnittliche Kriminalitätsrate im Raum Blumberg als „verheerende Auswirkung der Ansammlung großer fremdvölkischer Arbeitermassen.“ Reichsernährungsministerium an Reichsstelle für Raumordnung vom 25.1.1941, BA R 113/1405. Freilich standen an erster Stelle der Vergehen unerlaubter Arbeitsplatzwechsel und Arbeitsverweigerung.
- 33 Reisebericht Puttkammer vom 18.11.1940, BA R 113/1404.
- 34 Schreiben vom 15. und 19.11.1940, BA R 113/1404.
- 35 BA R 113/1405.
- 36 Von Hanneken an Wagner vom 14.3.1941, LBA A/95.
- 37 DAG an RWM vom 27.11.1940, StAF.
- 38 Protokoll der Besprechung RWM mit Vertretern der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie vom 8.11.1940, BA R 13 I/602.
- 39 Von Hanneken entschied sich, nach Kriegsende Staatssubventionen und verbilligte Ausnahmetarife der Reichsbahn für einzelne Montanbezirke generell abzuschaffen und stattdessen einen Fonds einzurichten, den die Hüttenindustrie mit einer Abgabe auf eisenreiche Erze und zugekauften Schrott selbst zu finanzieren hatte. Aus diesem Topf sollten dann sämtliche Förderwünsche finanziert werden, allem voran die Mehrkosten der Verhüttung eisenarmer Inlanderze durch die staatlichen Hermann-Göring-Werke und die Saarrhütten. Aktenbefund BA R 13I/382–384.
- 40 Hinter den Kulissen versuchte die Ruhrindustrie emsig, die auf sie zukommende Zwangsabgabe zu verhindern. Wenn sie vermeiden wollte, auch noch für die Defizite der Hermann-Göring-Werke zur Kasse gebeten zu werden, dann musste sie zumindest der Saar entgegenkommen. Diese forderte, die Mehrkosten der Neudinger Eisenproduktion auf die gesamte Montanindustrie umzulegen. Ein Mitarbeiter des Ruhrindustriellen Friedrich Flick schlug Röchling daher im Dezember 1940 vor, das Neudinger Vorschmelzwerk als „Gemeinschaftswerk für die (gesamte) Eisenindustrie anzusehen und zu betreiben“. Dessen Produktion sollte dann

- fünf Jahre lang als Kriegsreserve aufgestapelt werden. Röchling war nicht abgeneigt, empfahl den Ruhrwerken aber, selbst derartige Vorschläge an das RWM zu richten. Friedrich Flick berichtete dem Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke, Ernst Poensgen, über das Gespräch mit Röchling, schloss seinen Brief jedoch mit der Bemerkung: „Am besten wäre natürlich der Versuch, den weiteren Ausbau von Donaueschingen zu inhibieren“. Flick an Poensgen vom 5.12.1940, BA R 13I/382.
- 41 Poensgen an Verein deutscher Eisenhüttenleute vom 28.7.1941, BA R 13 I/385.
- 42 RWM an DAG vom 10.10.1941, StAF.
- 43 so am 10.4.1941 (RWM an DAG vom 10.4.1941, StAF) mit der Maßgabe auf 50.000 t Monatsförderung zu drosseln und am 10.10.1941, wie Anm. 42.
- 44 Sitzungsniederschrift des Bad. Innenministeriums vom 14.10.1941, Blu.
- 45 wie Anm. 44. Der Abriss scheint während des Kriegs unterblieben zu sein. Tatsächlich wurden mehrere bereits betonierte Keller während der 1950er Jahre in einzelne Bauvorhaben teils einbezogen, teils abgerissen. Schriftliche Auskunft Stadtverwaltung Donaueschingen vom 6.3.1996 gegenüber dem Verf.
- 46 So der Vorstand der Südwestdeutschen Ferngas AG, Robert Mezger, am 16.12.1941 auf der Gründungsversammlung der AG, StAF.
- 47 Strölin an RWA vom 25.3.1941, StAF.
- 48 Funk an Wittke vom 26.9.1941, LBA 9A/95. Von Hanneken unterrichtete Röchling einen Tag später von der Entscheidung Funks, die Hochöfen in Kehl zu bauen. Röchling hatte sich offenbar kurz zuvor noch einmal deutlich gegen das Vorhaben ausgesprochen und den Arbeitskräftemangel an der Saar ins Feld geführt. Von Hanneken an Röchling vom 27.9.1941, Registratur der Saarstahl AG, Werk Völklingen 2183.
- 49 Insgesamt gingen bis zum 2.9.1941 Bauanträge im Volumen von 50,4 Mio. RM für ein Hüttenwerk mit drei Hochöfen, einer Kokerei, einem Kraftwerk von 45 Megawatt Leistung und den dazugehörigen Nebenanlagen an die RWA hinaus, StAF.
- 50 Generalinspektor an von Hanneken vom 23.3.1942, StAF. Zu den Bauarbeiten wurden offenbar nur wenige Kriegsgefangene eingesetzt. In der Mehrzahl waren es ca. 200 ältere Arbeitnehmer aus dem badischen Umland und aus dem Elsass. Sie fanden neue Beschäftigung in der Landwirtschaft und beim Luftschutzbau in Kehl. Undatierter Vermerk „Doggererz Kehl“ des Gebietsbeauftragten Oberrhein, Generallandesarchiv Karlsruhe 237/42827.
- 51 Pleiger war Vorstand der staatlichen Hermann-Göring-Werke.
- 52 Deutsche Truppen hatten im Frühjahr 1942 die nördlich der Krim gelegene Region Kriwoi-Rog eingenommen, in der sich gewaltige Eisenerzlagerrstätten befanden.
- 53 Generalinspektor an von Hanneken vom 6.5.1942, StAF.